

TOP

Mainz, 27.01.2026

Antrag 0232/2026 zur Sitzung am 04.02.2026

Verbesserung der Sicherheits- und Ordnungslage in der Kaiserstraße im Bereich der Christuskirche (FDP)

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erarbeitung und Umsetzung eines ressortübergreifenden Maßnahmenkatalogs zur nachhaltigen Verbesserung der Sicherheit, der Ordnung und der Aufenthaltsqualität in der Kaiserstraße, insbesondere im Bereich rund um die Christuskirche, zu prüfen.

Die Verwaltung soll insbesondere folgende Punkte untersuchen und dem Stadtrat berichten:

1. Initiative der Stadt zur polizeilichen Schwerpunktsetzung

Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Abstimmung mit den zuständigen Polizeibehörden des Landes darauf hinzuwirken, dass die Kaiserstraße (Bereich Christuskirche) als polizeilicher Einsatz- und Kontrollschwerpunkt behandelt wird. Ziel sind regelmäßige und intensive Kontrollen, insbesondere zur Bekämpfung von Drogenhandel, Gewalt- und Aggressionsdelikten sowie schwerwiegenden Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

2. Konsequente Anwendung ordnungsrechtlicher Maßnahmen

Die Verwaltung wirkt darauf hin, dass die Polizei Platzverweise, Aufenthalts- und Betretungsverbote konsequent aussprechen und deren Einhaltung regelmäßig kontrollieren. Die Verwaltung prüft ergänzend, welche weiteren rechtssicheren ordnungsrechtlichen Instrumente zur Verfügung stehen und angewendet werden können.

3. Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes

Die Präsenz des kommunalen Ordnungs- und Vollzugsdienstes in der Kaiserstraße ist zu verstärken. Ziel ist eine sichtbare und verlässliche Präsenz sowie eine enge operative Abstimmung mit der Polizei.

4. Flankierende Aufwertung und Belebung des öffentlichen Raums

Zur Reduzierung von Angsträumen und zur Stärkung sozialer Kontrolle ist das Umfeld rund um die Christuskirche stadtgestalterisch und gärtnerisch aufzuwerten (u. a. Beleuchtung, Bepflanzung, klare Raumstrukturen, Möblierung). Ergänzend sollen gezielte, kontrollierte Nutzungs- und Veranstaltungsformate geprüft werden, die sich positiv auf den öffentlichen Raum auswirken und problematische Nutzungen zurückdrängen.

5. Fortführung und Institutionalisierung des Runden Tisches

Der Runde Tisch, bestehend aus Polizei, Ordnungsamt, Sozialarbeit (wie z.B. Streetworker), Anwohnerschaft und Gewerbetreibenden, ist fortzuführen und als Abstimmungsformat dauerhaft zu etablieren.

6. Regelmäßige Berichterstattung

Die Verwaltung berichtet dem Stadtrat halbjährlich über die Entwicklung der Sicherheits- und Ordnungslage sowie über Wirkung und Anpassungsbedarf der Maßnahmen.

Begründung:

Die Situation in der Kaiserstraße ist seit Monaten durch wiederkehrende Ruhestörungen, Belästigungen, aggressives Verhalten sowie durch offenen Drogenhandel geprägt. Anwohnerinnen und Anwohner, Gewerbetreibende und Passanten berichten übereinstimmend von einem massiv beeinträchtigten Sicherheitsgefühl.

Trotz bereits erfolgter Einsätze von Polizei und Ordnungsamt ist festzustellen, dass die bisherigen Maßnahmen nicht zu einer dauerhaften Lösung geführt haben. Die derzeitige Lage ist für die Betroffenen nicht länger hinnehmbar.

Erforderlich ist daher ein klar priorisierter ordnungspolitischer Ansatz, der konsequente Kontrollen, sichtbare Präsenz staatlicher und städtischer Ordnungskräfte und eine gezielte stadtgestalterische Flankierung miteinander verbindet.

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende